

Zusammenfassung der VOX-Analyse November 2025: Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 30. November 2025

Am 30. November 2025 verwarf die Stimmbevölkerung beide zur Abstimmung stehenden Volksinitiativen deutlich. Sowohl die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» als auch die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» fanden keine Mehrheit. Die Service-citoyen-Initiative erlitt eine besonders ausgeprägte Niederlage. Mit lediglich 15,9 Prozent Ja-Stimmen zählt sie zu den Vorlagen mit der tiefsten Zustimmung seit Einführung des Frauenstimmrechts. In keinem Kanton und in keiner Gemeinde erreichte sie eine Mehrheit. Zudem wurde die Service-citoyen-Initiative von den Stimmenden als stark unterdurchschnittlich bedeutend wahrgenommen. Unklarheiten in der Gleichstellungsfrage sowie verbreitete Kostenbefürchtungen wirkten zusätzlich ablehnend. Trotz Unterstützung einzelner Akteurinnen und Akteure aus verschiedenen Parteien blieb die Zustimmung insgesamt sehr gering. Auch die Initiative für eine Zukunft scheiterte deutlich und erzielte 21,7 Prozent Ja-Stimmen. Die Vorlage zur Erbschaftssteuer wurde insgesamt als zu extrem wahrgenommen. Diese Skepsis zeigte sich auch innerhalb der politischen Linken. Selbst unter Sympathisierenden der SP fand die von der JUSO lancierte Initiative nur knapp mehrheitliche Unterstützung. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'349 Stimberechtigten der VOX-Analyse November 2025. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Initiative chancenlos – tiefste Zustimmung seit 2015

Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

Die Service-citoyen-Initiative erzielte eine aussergewöhnlich geringe Zustimmung und wurde in allen Kantonen und Gemeinden klar verworfen. Historisch reiht sie sich damit unter die Vorlagen mit der niedrigsten Zustimmung seit 1971 ein.

Die Stimberechtigten schätzten die persönliche Relevanz der Initiative insgesamt als klar unterdurchschnittlich ein. Das Abstimmungsverhalten folgte der politischen Links-Rechts-Achse. Je weiter links sich die Stimberechtigten positionierten, desto höher fiel der Ja-Anteil aus. Selbst im linken Lager blieb die Unterstützung jedoch begrenzt (27%) und erreichte nirgends eine Mehrheit. Parteipolitisch zeigte sich ein breiter Ablehnungskonsens. Zwar erzielte die Initiative bei Sympathisierenden der Grünen, der SP und der GLP vergleichsweise höhere Ja-Anteile (25–28%), doch auch dort blieb die Unterstützung klar in der Minderheit. Bei den bürgerlichen Parteien fiel die Zustimmung besonders niedrig aus (unter 11%). Inhaltlich dominierte bei den Nein-Stimmenden Argumente rund um Gleichstellung, Kosten und individuelle Freiheit. Einige Befragte befürchteten hohe Zusatzkosten und Eingriffe in die persönliche Freiheit. Obwohl Gleichstellungsargumente einen Teil der Befürwortenden überzeugten, wurden diese von einem Teil der Stimmbevölkerung skeptisch beurteilt und als falschverstandene Gleichstellung im Rahmen der Service-citoyen-Initiative gesehen. Insgesamt zeigte sich, dass die Initiative kaum mobilisierende Wirkung entfaltete.

Das Resultat deutet darauf hin, dass die Initiative über ihren engen Unterstützerkreis hinaus keine breite Zustimmung zu erzielen vermochte. Ausschlaggebend für die Ablehnung waren insbesondere Aspekte einer als falschverstandenen Gleichstellung sowie Kosten- und Freiheitsbedenken.

Wirtschaftliche Bedenken überwiegen klimapolitische Zustimmung

Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

Auch die Initiative für eine Zukunft wurde deutlich verworfen, wenn auch mit einem leicht höheren Ja-Anteil als die Service-citoyen-Initiative. Das Stimmverhalten folgte stark ideologischen, parteipolitischen und wertorientierten Mustern und war ausgeprägt polarisiert.

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigte sich ein klares Muster. Während linksaußen positionierte Stimberechtigte die Vorlage mehrheitlich unterstützten (76%), brach der Ja-Anteil bereits bei den links positionierten deutlich ein (38%). Ein vergleichbar polarisiertes Bild zeigte sich bei der Parteisympathie. Hohe Zustimmung fand die Initiative insbesondere bei Anhängerinnen und Anhängern der Grünen (69%). Bereits bei der SP, die ihre Jungpartei mit der Ja Parole unterstützte, fiel die Zustimmung nur knapp mehrheitlich aus (53%). Sämtliche bürgerliche Parteien (4–9%) lehnten die Initiative klar ab. Soziodemografisch zeigt sich eine Alters- und Bildungslinie. Mit zunehmender Bildung stieg die Zustimmung, während sie mit zunehmendem Alter abnahm. Weitere zentrale Treiber des Stimmverhaltens waren klimapolitische Wertehaltungen sowie das Vertrauen in klimapolitische Akteure. Eine umweltschutzorientierte Haltung stand in engem Zusammenhang mit der Zustimmung zur Initiative: Wer eine Schweiz bevorzugte, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, unterstützte die Vorlage zu 50 Prozent, wer dies umgekehrt sah, nur zu 7 Prozent.

Inhaltlich dominierten auf der Gegenseite volkswirtschaftliche Bedenken. Besonders wirksam waren Argumente zur Gefährdung von Familienunternehmen und zum möglichen Wegzug Vermögender. Zudem waren grundsätzliche Motive stark verankert: Die Nein-Stimmenden empfanden die Initiative als zu extrem oder nicht fertig durchdacht. Die Pro-Argumente überzeugten die Befürwortenden zwar nahezu geschlossen, fanden in der Gesamtbevölkerung jedoch keine Mehrheit.

Die Initiative fand zwar in klar definierten, klimapolitisch engagierten Milieus Unterstützung, konnte jedoch keine mehrheitsfähige Allianz über dieses Kernmilieu hinaus überzeugen.

Begrenzte Mobilisierung bei klarer Ablehnung

Die Beteiligung

Mit 43 Prozent lag die Stimmabteiligung leicht unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Teilnahme blieb sozial selektiv: Ältere, bildungs- und einkommensstarke Personen beteiligten sich deutlich häufiger als Jüngere oder Personen mit geringerer formaler Bildung. Männer beteiligten sich mit 46 Prozent etwas stärker als Frauen (40%). Die höchste Beteiligung zeigte sich bei Männern ab 65 Jahren (65%). Politisch war die Mobilisierung bei Sympathisierenden der FDP (60%) und der GLP (57%) am stärksten, während politisch Ungebundene (23%) unterdurchschnittlich partizipierten. Vergleichsweise ebenfalls schwach mobilisiert waren die beiden Polparteien SP und SVP.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 30. November 2025 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden: die Service-citoyen-Initiative und die Initiative für eine Zukunft.

Über die Studie

Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheide der Stimberechtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheiderverhalten weiß.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdata der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#), die alten VOX-Berichte sind es bereits.

Wer finanziert die VOX-Studien?

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf [vox.gfsbern.ch](#)

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Institute Member

gfs.bern 